

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Keine Entkopplung Berlins vom internationalen Tourismus – Kurzstrecken- als Zubringerflüge innerhalb Deutschlands erhalten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in der politischen Debatte um das Verbot von Kurzstreckenflügen, also im Wesentlichen von innerdeutschen Flügen, das Interesse der Touristenmetropole Berlin im Auge zu behalten und sich entsprechenden gesetzlichen Initiativen im Bundesrat zu verweigern.

Dem Abgeordnetenhaus von Berlin ist bis zum 1. September 2021 zu berichten.

Begründung

Das von den Grünen und anderen geforderte Verbot von Kurzstreckenflügen in Deutschland oder sogar in Teilen innerhalb der EU wird zur Folge haben, dass künftig Touristen aus Nordamerika und Asien kaum noch den Weg nach Berlin finden werden, wenn sie mit der Lufthansa fliegen. Berlin verfügt derzeit über kaum internationale Direktverbindungen und ist auf Zubringerflüge aus Frankfurt und München angewiesen.

Es ist vollkommen weltfremd, etwa 1,4 Mio. Fernreisenden, die beispielsweise im Jahre 2019 aus Amerika, Asien und Australien in Berlin angekommen sind, zuzumuten, sich in Frankfurt oder München im Rahmen ihrer oft nur kurzen Europabesuche samt Familie und Gepäck in einen Zug zu setzen, um nach stundenlanger Fahrt in Berlin anzukommen. Es sind diese internationalen Gäste, die in der anstehenden Post-Corona-Zeit in Hotels, Gastronomie, Taxigewerbe und Geschäften überdurchschnittlich viel Geld in Berlin lassen.

Gleiches gilt für den Messtourismus nach Berlin, der ohne Kurzstreckenflüge als Zubringer internationaler Besucher kräftig an Bedeutung verlieren würde. Eine mehrstündige Anreise mit Gepäck nur per Bahn nach Berlin nach 6 bis 10-stündigen Interkontinentalflügen würde Berlins Attraktivität als Reiseziel in der Praxis drastisch reduzieren.

Im Ergebnis würden ausländische Touristen im Zweifel auch nicht mehr nach Berlin über die deutschen Flughafendrehkreuze München und Frankfurt einfliegen, sondern mit der Lufthansa konkurrierenden Carriern über die Hubs Paris, Amsterdam, Madrid oder London.

Es kann luftverkehrswirtschaftlich nicht im Interesse Deutschlands liegen, insbesondere nicht nach den immensen Corona-Stützungsmaßnahmen für die Lufthansa seitens des Steuerzahlers, der Lufthansa die Interkontflüge kaputtzumachen, indem man ihnen durch die Nötigung, mit der Bahn an das finale Reiseziel zu kommen, die Kunden nimmt.

Umgekehrt gilt: Berliner oder Brandenburger, die nach Süd- oder Nordamerika reisen, würden die deutschen Lufthansa-Flughafendrehkreuze Frankfurt und München, die sie nicht mehr anfliegen könnten, ersetzen durch Zubringerflüge von Berlin nach Madrid, Paris, Amsterdam gen Westen, bzw. über Qatar, Istanbul oder Dubai nach Asien.

Weder darf Berlin als internationales Topreiseziel unattraktiv gemacht, noch aus scheinbaren Klimaschutzgründen die Luftfahrtindustrie in Deutschland angegriffen werden.

Berlin, 7. Juni 2021

Pazderski Hansel
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion